

# Freie Presse

Bezugspreis: Die hebengespartene Nomparsellezeile 40 Pf. — Ausland 50 Pf.  
Die viergesparte Nomparsellezeile 2 Mf. — Für Nachvorschriften Sonderkurs  
Ausgenahme bis 7 Uhr abends.

Bezugspreis: Die Zeitung erscheint täglich morgens. Montag: mittags. Sie kostet  
in Lodz und Umgegend wöchentlich 1 Mark 50 Pfennige, monatlich 2—Mark  
bei Postverkauf Mf. 1,75 bezw. Mf. 7.—

Nr. 184

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86

2. Jahrgang

## Ludendorff über den Friedensvertrag.

Ein Mitarbeiter des "Corriere della Sera" veröffentlicht in diesem Blatte den Inhalt einer Unterredung, die er in Berlin mit Ludendorff hatte. Im Laufe des Gesprächs sagte Ludendorff folgendes:

"Ich habe mir über den Frieden niemals Illusionen gemacht. Er entspricht der Mentalität der Entente. Es ist ein sehr harter Friede, der merkwürdige Napoleonische Analogien aufweist. Aber die Härte des Vertrages schreit mich nicht. Ich möchte sogar sagen, daß es für ein gesundes Volk eine Art Stahlbad bedeutet. Der härteste Punkt des Vertrages besteht in der Verhinderung der freien Entwicklung eines Volkes von sechzig Millionen auf seinem eigenen Boden, auf seinem bis jetzt freien Boden." Ludendorff lagte dann darüber, daß die Entente den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland verhindert habe. Es gebe etwas, was stärker sei als jede menschliche Vereinbarung, und das seien die Naturgesetze. Ein Volk, wie das deutsche, sei ein notwendiges Element in der Organisation der Welt mit eigenen Gejegnern und eigenen Funktionen. Jeder Versuch, es zu unterdrücken, könnte nur die gegenteilige Wirkung hervorrufen. Die freie Entwicklung eines solchen Volkes in Fesseln legen zu wollen, müsse verhängnisvollerweise zu neuen Weltkriegen führen. Europa wird bald die Überzeugung gewinnen, daß es in seinem ur-eigensten Interesse liegt, Deutschland neu aufzubauen, und an diesem Aufbau müsse sich Italien vor allen anderen beteiligen, denn, so fügte er hinzu, "der Krieg ist nicht bloß von Deutschland und Österreich-Ungarn verloren worden, er ist vom ganzen Dreibund verloren worden."

Ludendorff sagte weiter, es sei unlesbar, daß bis jetzt fast alle großen Entscheidungen der Geschichte um ein Hauptobjekt erklungen würden, nämlich um die Herrschaft im Mittelmeer. Das sei auch diesmal der Fall gewesen. Ludendorff bezweifelt aber, daß das beachtigte Ziel erreicht worden ist; die Italiener hätten nur das erreicht, daß sie nach der Besiegung Deutschlands und der Auflösung Österreich-Ungarns einfache Konkurrenten geworden sind. Österreich-Ungarn und Italien hätten sich auch in diesem Punkte verständigen können, dann wäre alles anders gekommen.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen wendete sich Ludendorff in heftiger Weise gegen die Behandlung der Schulfrage durch die Entente. Der eigentliche Urheber des Krieges sei Russland gewesen, das mit der Mobilisierung begonnen habe, wodurch Deutschland zur Kriegserklärung an Russland und als notwendige Konsequenz auch an Frankreich gezwungen wurde. Buchstäblich waren es zwei Kriegserklärungen, tatsächlich aber nur eine. Alle anderen waren Kriegserklärungen an Deutschland, daran könne man heute nicht mehr zweifeln, wenn man sehe, daß Deutschland in diesem Augenblick einen Frieden mit siebenundzwanzig Feinden unterschreiben müsse. Das Tragische an der Weltkatastrophe bestünde darin, daß das deutsche Volk fünfzig, vielleicht hundert Jahre an der Last dieses Urteils zu tragen haben werde.

Ludendorff wies ferner mit sehr heftigen Worten die Beschuldigungen bezüglich Belgiens, der Gasangriffe und der Luftangriffe auf London und Paris zurück, erklärte diese als notwendige und unabweisliche Kriegsvorkehrungen und erhob Beschuldigungen gegen die Entente wegen der Blockade, der Luftangriffe auf offene Städte und auch Städte in den besetzten Gebieten, die keine Kriegsnotwendigkeit gewesen sind.

## Italiens unerfüllte Forderungen.

Aus Lugano wird der "Börsischen Zeitung" telegraphiert: Im Ministerium des Außen in Rom fand eine Versammlung von Vertretern aller Gruppen der Kammer statt, in welcher Tittoni und Ministerpräsident Nitti über den Stand der auswärtigen Politik kurze Erläuterungen gaben, um durch sie auf jene Erklärungen vorzubereiten, die Tittoni in der öffentlichen Sitzung der Kammer abgeben will. Die Auseinandersetzungen der beiden Minister zeigen, daß die Lage noch immer sehr kritisch ist, da die Verbündeten sich weigern, Italiens Forderungen zu erfüllen.

## Der Friedensvertrag mit Bulgarien.

Aus Rotterdam erfährt die "Börs. Ztg.": Die französische Presse meldet, die Alliierten hätten Bulgarien erachtet, Bevollmächtigte für die Friedensverhandlungen zu ernennen. Die Delegierten werden am 25. Juli in Ghighien erwartet. Neben dem Vertrag mit Bulgarien weiß das Journal folgende Einzelheiten zu berichten:

Die Grenzen des neuen Bulgarien sind endgültig festgesetzt. Griechenland erhält Westthrakien, Serbien die Bucht von Struma und leichte Grenzveränderungen von Küstendil, dagegen verlangt Serbien von Rumänien, daß es das im Jahre 1913 annexierte Gebiet der Dobrudscha wieder herausgabe, mit Ausnahme der Brückenkopfe von Silistra und Tutakan. Dies sei auch der Grund, weshalb Rumänien mit dem Friedensvertrag unzufrieden sei.

## Die Grenzen Deutschösterreichs.

Der "Tempo" meldet: Der Oberste Rat hat den Präsidenten der Kommission, die mit der Bestimmung der österreichischen Grenzen beauftragt ist, Tardieu, angehört. Diese Kommission hat vorschlagen, den Tschechoslowaken die wichtigsten Teile jener Grenzveränderungen, die zu ihren Gunsten in den Gebieten von Gmünd und Telsberg vorgenommen wurden, zu belassen. Außerdem hat sie angezeigt, den Tschechen angehörts der Tatsache, daß das österreichische Territorium auf Kosten Ungarns in der Gegend zwischen der Donau und der jugoslawischen Grenze vergrößert werden soll, den Brückenkopf am Südufer der Donau gegenüber Preßburg einzuräumen.

## Das neue deutsche Bürgerrecht.

Nauen, 16. Juli. (P. A. T.)

Aus Weimar wird gemeldet: Zum Vorsitzenden der Nationalversammlung wurde einstimmig auf Antrag des Zentrumsabgeordneten Gräber der Sozialist Löbe gewählt. Vor gestern beriet die Versammlung über die Artikel 107 und 108. Der letzte lautet, wie folgt:

Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich. Die Männer und Frauen haben grundsätzlich gleiche Rechte und Bürgerpflichten. Es gibt keine Geburts- und Standesvorrechte. Adelsstitel haben Gültigkeit nur als Teil eines Namens und werden in Zukunft nicht vergeben. Der Staat kann weder Orden noch Ehrenabzeichen vergeben. Kein Deutscher darf von einem fremden Staat Orden annehmen.

Dieser Artikel wurde nach längerer Debatte angenommen. Auch der Artikel 109 über die Staatszugehörigkeit wurde angenommen.

Abg. Ahmann befürwortete den Antrag, demzufolge es den Deutschen, die in den polnischen Untertanenverband aufgenommen werden, ermöglicht wird, in Zukunft ohne Schwierigkeiten die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen. Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche Regierung diesen Antrag unterstützen werde.

Bezüglich des Art. 13 stellten die unabhängigen Sozialisten einen Antrag auf Aufhebung des Ausnahmegesetzes hinsichtlich der Prostitutition. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt.

In der heutigen Sitzung wird über die Frage der Todesstrafe beraten werden.

## Die Heimkehr der Mackensenschen Armee.

Nauen, 16. Juli. (P. A. T.)

Die deutschen Soldaten der Mackensenschen Armee, die seinerzeit in Ungarn interniert wurden, treten dieser Tage über Wien ihre Heimreise nach Deutschland an. Die Rückkehr der in Japan internierten deutschen Soldaten kann vor Weihnachten nicht erfolgen. Nach Japan begibt sich eine Soldatenkommission in Angelegenheit der Heimbeförderung auch der Gefangenen.

## Die Volksabstimmung in Oberschlesien.

Piotrowice, 15. Juli.

Wie die polnische Delegation aus Oberschlesien, die kürzlich aus Paris zurückgekehrt ist, versichert, wird die Volksabstimmung in allen denjenigen Kreisen stattfinden, die an Polen fallen sollen. Die Informationen der tschechischen Presse, daß einige Kreise vom Plebisztiz ausgegeschlossen werden würden, erwies sich somit als unzutreffend. Die polnische Delegation hat

ferner die Nachricht mitgebracht, daß Oberschlesien von amerikanischen Truppen polnischer Abstammung besetzt werden soll.

## Reichstag.

77. Sitzung. 15. Juli.

Nach Verlesung der Interpellationen hält der Maréchal eine kurze Ansprache, die anlässlich der französischen Nationalfeier Frankreich gewidmet ist. Die Rede wird stehend angehört und durch laute Beifallsrufe unterbrochen.

Das Hans schreitet sodann zu Besprechung des Reichsbudgets

für das erste Halbjahr und des Voranschlages für das zweite Halbjahr des laufenden Jahres.

Finanzminister Katynski hebt hervor, daß es sehr schwierig sei für das aufgende Jahr ein genaues Bild der Staatswirtschaft zu entwerfen. Vor allem sind die Grenzen noch nicht endgültig festgesetzt. Die Armee kämpft oder befindet sich in Kriegsbereitschaft. Einige Gebiete Polens sind vollständig vernichtet. Wir kennen nicht die Finanzbedingungen, die wir nach dem endgültigen Abbruch der Beziehungen mit den Mächten, die Polen besiegt hatten, haben werden. Wir kennen nicht die Richtlinien unserer zukünftigen Wirtschaftspolitik. Deshalb dürfe man in den vorliegenden Budgets keinen Finanzplan machen. Dieses erste polnische Budget umfaßte nicht einmal alle Gebiete.

Weiter weist der Minister auf die landwirtschaftlichen Schwierigkeiten hin, die die Aufstellung des Budgets erschweren. Darnach bespricht er die einzelnen Einnahmeposten. Der Minister wurde ermächtigt Abgaben von Immobilien, vom Kapital, einer Vermögens- und Kriegsgewinnsteuer zu erheben. Aus diesen drei Quellen hoffen wir in Kongresspolen 200 Millionen einzunehmen. Dem Reichstag wurde bereits ein Projekt der Vereinfachung der Nachlaßsteuer vorgelegt. Die Geheimzinspfeile der Besteuerung der Industrie, des Handels, der Hypotheken- und Wohnungsteuer werden ebenfalls vorgelegt werden.

Auch der Entwurf einer allgemeinen Einkommensteuer werde bald folgen.

Die Zölle bilden eine der wichtigsten Einnahmequellen, sie sind jedoch bis jetzt nicht geregt, da dies auf Schwierigkeit stößt.

Von den nach den Okkupanten verbliebenen Monopolen beabsichtigt der Minister das Monopol für Spiritus und Zucker beizubehalten und es auf den ganzen Staat auszudehnen. Die Einnahmen von dem Spiritusmonopol betragen 625 Millionen Mark, mit Ausschluß des denaturierten und des für die Industrie bestimmten Spiritus. In dem laufenden Jahre betragen die Einnahmen vom Spiritus kaum 50 Millionen Mark. Das Zuckermopol muß ebenfalls beibehalten werden. Gegenwärtig machen die Einnahmen von diesem Monopol 20 v. St. der gesamten Staatseinnahmen aus.

Weiter bespricht der Minister die Einnahmen vom Tabak, wobei er zur Eisenbahnsfrage übergeht. Die Eisenbahnen bilden in unserem Budget ein Verlustkonto. Es ist auch in der nächsten Zeit kein Nutzen aus diesen Quellen zu erwarten, besonders wenn die Privatwirtschaft auf diesem Gebiete weiter fehlen wird.

Um die Staatsfinanzen aufzurichten, mußte auch zu außergewöhnlichen Einnahmequellen greifen werden. Eine solche Einnahme bildet die Staatsanleihe. Im ersten Halbjahr wurde Staatsanleihe verkauft für die Summe von 400 Millionen M., 340 Millionen Kronen und 320 Millionen Rubel. Außerdem wurde die Darlehenskasse auf die Summe von 1400 Millionen Mark belastet. Von der ausländischen Anleihe auf die Summe von 5 Milliarden Franks wurden bis jetzt 1800 Millionen Franks zum Ankauf unumgänglich notwendiger Kriegsartikel und Lebensmittel verbraucht.

Bezüglich des Voranschlages für das erste Halbjahr, erklärt der Minister, daß die Gesamtsumme richtig vorgesehen worden war. Die Ausgaben für das Heer werden die im Budget vorgesehene Summe um 135 Millionen Mark überschreiten. Die Unterstützung für die Arbeitlosen verursachen eine Überschreitung des Budgets des Arbeitsministeriums um 51 Millionen Mark. Einige andere Ministerien haben dagegen ihre Budgetkredite nicht erschöpft,

## Ogłoszenie.

Na mocy rozporządzenia Ministerstwa Skarbu o rejestracji fabryk tytoniowych i czasowem utrzymaniu przepisów o uprawie tytoniu i handlu liściem tytoniowym z dn. 5 lipca 1919 r., zamieszczonego w Monitorze Polskim z dn. 8 lipca 1919 r. Nr. 150, prezes Zarządu Skarbowego w Łodzi podaje do wiadomości osób zainteresowanych iż:

1.) Detaliczny handel liściem tytoniowym jest zabroniony; handlujący liściem tytoniowym winni w terminie 14-dniowym od daty niniejszego ogłoszenia cały posiadany zapas liści sprzedać fabrykantom wyrobów tytoniowych lub składnikom hurtowym. Znaleziony u nich po uplywie tego terminu tytoń w liściach podlegnie konfiskacie.

2. Sprzedawcy wyrobów tytoniowych winni w terminie 14-dniowym ob daty ogłoszenia niniejszego rozporządzenia zgłosić do Zarządu Skarbowego cały posiadany zapas cygar, cygaretek i tabaki, niezapatrzone w banderole. Zapas ten winien być rozsprzedany do dn. 1 sierpnia 1919 r. Po uplywie tego terminu należy obardonować wszystkie niesprzane jeszcze cygara, cygaretki i paczki tabaki do zażywania. Niezastosowanie się do tego postanowienia karane będzie w myśl przepisów sprzedaży i przechowywania wyrobów tytoniowych bez banderoli.

Prezes PILCER.

Łódź, dn. 16 lipca 1919 r. 1529

so daß eine Überschreitung der Gesamtsumme nicht zu erwarten sei.

Die Gegenüberstellung der Ausgaben von 2593 Millionen mit den Einnahmen, die 563 Millionen Mark betragen, ergibt einen Defizit von 2 Milliarden. Das Defizit wird durch die Einnahmen von der Staatsanleihe und durch den Kredit der polnischen Darlehenskasse gedeckt.

Die wichtigsten Posten unseres Defizits bilden die 4 durch den Krieg verursachten Posten, u. zw. die Kriegsausgaben, die Ausgaben für die Lebensmittelversorgung, die Ausgaben des Ministeriums für öffentliche Arbeiten und des Arbeitsministeriums. In den künftigen Budgets werden diese Kriegsausgaben fortfallen.

Abg. Gombrowski unterzieht das Budget einer scharfen Kritik. Nach Auffassung der Volkspartei steht die Regierung nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe, zumal sie nicht einmal ihr Programm bekanntgegeben hat. Sie hindert vielmehr das Zustandekommen einer einheitlichen Macht und zeichnet sich durch Dillettantismus und Demagogie aus. Diese Nebel schädigen sehr den Staat in finanzieller Beziehung. Des Weiteren betrifft Redner die Beziehungen der Regierung zu den Beamten. Die Regierung stellt übermäßig viel Beamten ohne jede Berechnung an. Infolge der schlechten Eisenbahnverwaltung geben wir täglich gegen eine Million Mark zur Deckung des Defizits aus, für Lebensmittel täglich gegen 2 Millionen Mark, für öffentliche Arbeiten täglich annähernd eine Million Mark und für die Arbeitslosen täglich gegen 1 Million Mark. Was die Einnahmen betrifft, so sind die Einnahmen direkter Steuern aus dem früheren Kongresspolen sehr gering. Auch die Kriegsgewinne steuern weist sehr unbedeutende Einnahmen auf. Sie hat im letzten Halbjahr kaum 15 Millionen ergeben, während diese Einnahmen hätten 500 Millionen Mark ergeben müssen. Zu dieser Regierung, so schließt Redner, kann man kein Vertrauen haben. Es ist tatsächlich zweifelhaft, ob dies Budget einer solchen Regierung gutgeheissen werden kann.

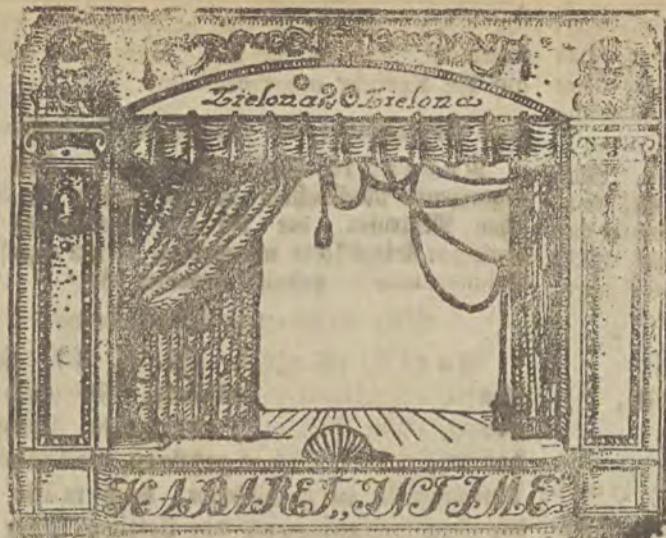
Fortsetzung der Verhandlungen über das Budget Mittwoch, 4 Uhr nachmittags.

## Die Verfassung Danzigs.

Die "Börsische Ztg." meldet aus Danzig, daß dort ein Sonderausschuß mit der Ausarbeitung des Entwurfs der Verfassung für den Freistaat Danzig beschäftigt sei, der nach seiner fertigstellung einer Dreierkommission, bestehend aus einem Deutschen, einem Polen und dem Oberkommissar Danzigs, der von der Entente bzw. vom Bölkerbund ernannt wird, vorgelegt werden soll. Dem Sonderausschuß gehören an:







**,GLUCIN“**

1286

Zahn-Arzt E. FUCHS  
hat für weniger bemittelte Leute eine  
**Zahn-Heilanstalt**  
eröffnet. Nawrot-Str. 4  
Heil veraltete Zahn- und Mundkrankheiten,  
Porzellan-, Goldkronen- u. künstliche  
Zähne ohne Gaumen. 1504

Bringe zur allgemeinen Kenntnis, daß ich nach  
25jähriger Feldscher-Praxis an der Milschstraße, jetzt  
Zakontraktor. Nr. 25 wohne und meinen Beruf  
weiterhin ausübe. Ober-Feldscher  
Gustav Schattschneider.  
Empfangsstunden v. 8—11 vorw. u. v. 3—6 Uhr nachm.

R. ERDMANN  
Buch-, Kunst- u. Musikalien-Handlung  
jetzt Petrikauer Str. 107 (früher Petrikauer 157)  
empfiehlt sein reich sortiertes Lager in den neuesten Er-  
scheinungen im Buch-, Kunst- und Musikalien-Handel,  
sowie in Schulbüchern für sämtliche Lehranstalten und bittet  
seine gebrüten Kunden, ihm auch im neuen Lokale ihr  
Wohlwollen zu bewahren. 1401

P. Schulz & Comp.  
Elettrotechnisches Büro,  
Andrzeja 11. Andrzejka 11.  
Annahme sämlicher elettrotechnischer Arbeiten und Repara-  
turen von Dynamomaschinen und Motoren aller Systeme.  
Elektrische Lichtanlagen. Regulierung von Bogenlampen  
und Signallichtungs-Anlagen. 1519  
— Prüfungen von Blitzableitern und Auslagenten.  
— Konzessioniert vom Elettrizitätswerk.

Allerbeste schwedische  
Milchentrahmungs-Maschine  
**„DIABOLO“**  
40—500 Liter Stundeleistung  
S. JAKUBOWITZ  
Warschau,  
Zelazna-Brama № 6,  
Filiale: 931  
Lublin, Krak. Przedm. 51.

Das Inkasso-, Auskunfts-,  
Handels- und Informations-Büro  
**S. Fröhlich,**  
3 Benedyktas-Straße  
ist am 1. Juli eröffnet worden.  
Daselbe erledigt zu unheimbaren Bedingungen  
Inkasso und erlässt nach allen Richtungen hin  
Handelsinformationen. 1445  
Nähere Einzelheiten sind im Büro zu erfahren.  
Bürofunden von 9 bis 1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr.

**Möbel**

für Speise- und Schlafzimmer sowie Küchen-  
Einrichtung zu mieten gesucht.  
Öffnen unter „M. B.“ mit Preisangabe an die Exped.  
d. Blattes erbeten. 1513

Five o'clock tea  
bei Musif.

Vollständiger Programmwechsel!

Dieser Tage findet die Eröffnung des Gartens im Café „Intime“ statt.

Beginn 8½ Uhr abends.

Direktion: Alf. Machon.

# Intime

## Neue Debuts

20 Zielona-Straße 20.

20 Zielona-S